

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 13/131 —

Autofreies Wohnen für Bundesbedienstete in Berlin

An Standorten, die mit S- und U-Bahn gut erreichbar sind, werden in Berlin derzeit Siedlungsprojekte für autofreies Wohnen initiiert. In dem für „Wohnen ohne Auto“ sehr gut geeigneten Neubaugebiet Berlin Lichtenfelde-Süd sollen künftig auch zahlreiche Bundesbedienstete wohnen.

1. Wird die Bundesregierung im Rahmen des Wohnungsbaus in Berlin für aus Bonn umziehende Bundesbedienstete diesen den Zuzug in geeignete Gebiete für „Wohnen ohne Auto“ ermöglichen, wenn sich ein Interesse an dieser Form der Wohnumfeldgestaltung zeigt?

Wenn sich ein solches Interesse bei den umziehenden Bundesbediensteten herausstellen sollte, wird geprüft werden, ob und inwieweit eine solche Wohnform für den Wohnungsneubau im Rahmen des Umzuges in Frage kommt.

2. Ist der Bundesregierung bekannt, welcher Anteil der heute in Bonn bzw. Berlin beschäftigten Bundesbediensteten in Haushalten ohne eigenes Auto lebt?

Nein.

3. Werden die umziehenden Bediensteten in der geplanten Umfrage zu ihren Wohnvorstellungen auch befragt, ob sie
 - a) in Wohnungsnähe einen Stellplatz für ein Auto wünschen,
 - b) in einem autofreien Wohngebiet leben möchten, wenn dieses über eine direkte Bahnverbindung zum Regierungsviertel verfügt,
 - c) sich die Beteiligung an „car sharing“ vorstellen können?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 6. Januar 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Überlegungen innerhalb der Bundesregierung über eine mögliche Umfrage unter den vom Umzug betroffenen Beschäftigten sind noch nicht abgeschlossen. Es kann daher zum Inhalt eines eventuellen Fragenkatalogs noch nicht Stellung genommen werden.

4. Welche für den Bau von Wohnungen und Einfamilienhäusern für umziehende Bundesbedienstete vorgesehenen Gebiete betrachtet die Bundesregierung als besonders geeignet für „Wohnen ohne Auto“?

Die Bundesregierung hat die für einen Wohnungsneubau in Berlin in Betracht kommenden Grundstücke erfaßt und stimmt in einer eigens hierfür eingesetzten Arbeitsgruppe derzeit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bebaubarkeit der Grundstücke mit den Ländern Berlin und Brandenburg ab.

Dabei stehen bisher nur kleinere Flächen endgültig fest. Ob von den größeren Neubauf lächen – die im übrigen fast ausschließlich in den städtischen Randbereichen Berlins und im Berliner Umland liegen – Areale für „Wohnen ohne Auto“ geeignet sind, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

5. Würde die Bundesregierung die mögliche Einrichtung eines autofreien Wohngebiets vorrangig zur Einsparung von Kosten und Flächen oder vorrangig zur Erhöhung der Wohnqualität, Freiflächenversorgung und des Anteils individueller Bauweisen nutzen?

Da im Bedienstetenwohnungsbau keine Erfahrungen mit der Errichtung und der Akzeptanz eines autofreien Wohngebiets vorliegen, kann auch zur Eignung eines solchen Wohngebiets weder im Hinblick auf die Einsparung von Kosten und Flächen noch zur Erhöhung der Wohnqualität, Freiflächenversorgung und des Anteils individueller Bauweisen etwas gesagt werden.